

30. Januar

Erinnern heißt Kämpfen

Werdet aktiv gegen Faschismus und Kriegsvorbereitung!

Am 30. Januar 1933 war es so weit: die Regierungsgeschäfte im Deutschen Reich wurden an den Faschisten Hitler mit seinem Kriegsprogramm übertragen. Es wurde nicht lange gefackelt das Programm auch in die Tat umzusetzen. Das Volk wurde wieder kriegswillig und -tüchtig gemacht.

So auch in Bremen. Obwohl die Nazi-Partei (NSDAP) in Bremen keine Mehrheit in der Bürgerschaft hatte und bis dahin auch nicht im Senat vertreten war, wurde die Macht auf die Nazis übertragen.

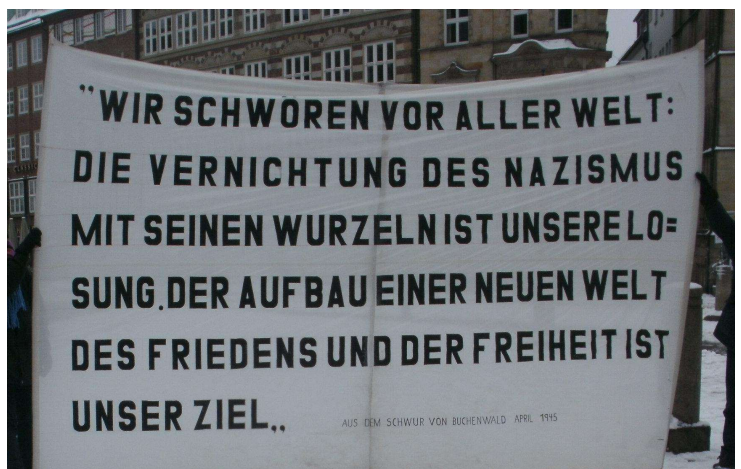
Ab dem 6. März wehte auf dem Rathaus die schwarz-weiß-rote Fahne. Auf Druck aus Berlin und mit Unterstützung von bremischen Nazisympathisanten wie dem Polizeichef Walter Caspari oder dem Unternehmer und Kunstmäzen Ludwig Roselius zog sich die SPD aus dem Senat zurück und löste sich die Bürgerschaft selbst auf.

Einer, der dagegen aufstand, war der Kommunist und Bürgerschaftsabgeordnete Hermann Prüser. Am 10. März hielt er die letzte freie Rede in der bremischen Bürgerschaft, in der er die Kapitulation des Bürgertums gegenüber den Nazis geißelte.

Auch in Bremen unterstützten viele Unternehmer die neue Regierung. Innerhalb weniger Jahre verwandelte das neue Regime Bremen in eine der wichtigsten Hochburgen der Rüstung des Reiches. In Windeseile stellten auch Bremer Industrielle die Produktion auf Militärgüter um („Kanonen statt Butter“ hieß die Parole). So wurde die zivile Produktion im Kfz-Bau (Borgward), Flugzeugbau (Focke-Wulf) und auf den Bremer Werften (AG Weser und Bremer Vulkan) in eine militärische umgestellt. Durch die Unterstützung der NS-Regierung konnten diese Unternehmen ihre Produktionskapazitäten, ihren Umsatz und vor allem ihren Gewinn weiter steigern.

Das NS-Regime terrorisierte die organisierte Arbeiterschaft, verbot – trotz steigender Inflation – Lohnerhöhungen und löste Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen auf. Diese wurden durch die regimetreue „Deutsche Arbeitsfront“ und unternehmertreue „Vertrauensleute“ ersetzt.

Während des Krieges wurden auch in Bremen in hoher Zahl Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt. Das waren Frauen und Männer, die in Konzentrationslagern, Kriegsgefängenenlagern und Zwangsarbeiterlagern untergebracht wurden. In Bremen gab über 200 solche Lager mit zehntausenden Insassen. Alle großen Firmen hatten mindestens eines dieser Arbeitslager in der Nähe der Betriebsstätten. So wurden sie mit billigsten Arbeitskräften versorgt.



Angesichts der aktuellen Entwicklung in Europa halten wir, die VVN-BdA Bremen, es für notwendig, am 30. Januar in Deutschland an diese Geschichte zu erinnern.

Heute sind es die Regierungsparteien der letzten Jahrzehnte von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen, die Deutschland wieder „kriegstüchtig“ machen wollen. 500 Milliarden Euro neue Sonder-schulden gehen in dieser Legislaturperiode in Aufrüstung und Militarisierung. Auch viel Geld aus dem „Infrastruktur-Sondervermögen“ wird Brücken, Flughäfen, Häfen, Autobahnen und andere bauliche Einrichtungen gesteckt, die vornehmlich der Vorbereitung und Durchführung von Kriegsführungs-maßnahmen von deutschem Boden aus dienen.

Wir erleben ein beispielloses Erstarken der faschistischen Bewegung, die auf verschiedenen Ebenen in der Lage ist Massen zu mobilisieren. Gleichzeitig holt die so genannte Alternative für Deutschland (AfD) Rekordergebnisse in Umfragewerten und schickt sich an, durch Regierungsbeteiligungen in einzelnen Bundesländern noch vorhandene demokratische Einrichtungen und Rechte zu zerstören. Die AfD argumentiert dabei gegen die herrschenden Parteien der „Mitte“, gegen linke Parteien, antifaschistische Organisationen und Einzelvertreter, Gewerkschaften, Betriebsräte und alle Minderheiten, gegen die sich Teile der Mehrheitsgesellschaft mobilisieren lassen. Mit der bürgerlichen Mitte und Unternehmensverbänden hetzt die AfD gegen hohe Löhne und den Sozialstaat (vor allem gegen Leistungen aus der Rente, Kranken-, Pflegeversicherung und dem so genannten Bürgergeld).

Der Kampf gegen die AfD in Parlamenten, auf der Straße und im Gespräch mit Mitmenschen ist gut und richtig. Wir fordern das Verbot aller faschistischen Organisationen in Deutschland und die AfD ist in weiten Teilen faschistisch. Die Gefahr der AfD darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, wer dieses Land in Wirklichkeit regiert.



Auch diese Regierung kündigt in Ausführung der Äußerungen der Großindustrie große „Reformen“ in allen Sozialversicherungen und bei der Grundsicherung an. Im Namen des Wirtschaftswachstums sollen Steuern für Kapitalerträge der Reichen verringert oder andere Steuern ganz entfallen. Leistungen für die Ärmsten (darunter viele Kinder) sollen dagegen sinken oder gestrichen werden. Der Beruf der Soldatin / des Soldaten soll wieder so populär werden wie zu Kaisers oder Führers Zeiten. Sie sollen für die deutsche Wirtschaft Rohstoffquellen und Absatzmärkte erkämpfen. Imperialisten, Unrechtsstaaten und Kriegstreiber sind dabei aber immer nur die anderen.

Lasst uns diesen Tag nutzen, um daran zu erinnern, dass Hitler kein Betriebsunfall war: den Faschisten wurde damals die Macht übertragen und unterstützt wurden sie damals wie heute vor allem von den Reichen und Mächtigen. Hauptsache der Profit stimmt. Lasst uns heute aktiv werden, dass es nie wieder dazu kommt. Organisiert Euch und werdet aktiv für eine schlagkräftige antifaschistische und friedensbejahende Bewegung.

Mahnwache mit Kundgebungscharakter

am Jahrestag der Machtübertragung an die deutschen Faschisten: Wir erinnern an die letzte freie Rede in der bremischen Bürgerschaft des kommunistischen Abgeordneten Hermann Prüser.

Freitag, 30. Jan., 16 Uhr vor der bremischen Bürgerschaft (Marktplatz)

Der lange Atem

Wir zeigen den Dokumentarfilm über die antimilitaristische Opposition und die Wiederaufrüstung in Westdeutschland 1945-1955 von Christoph Boekel und Beate Rose, Deutschland 1981, 93 Min.

Donnerstag, 12. März 2026, 18 Uhr, City46, Bremen, Birkenstr. 1

im Anschluss Gespräch mit dem Regisseur